

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuß**

26. Sitzung  
am Donnerstag, dem 4. September 1997,  
im Sitzungszimmer des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Frauke Walhorn (SPD)  
Wolfgang Baasch (SPD)  
Dr. Jürgen Hinz (SPD)  
Birgit Küstner (SPD)  
Uwe Döring (SPD)  
Poppendiecker  
Uwe Eichelberg (CDU)  
Torsten Geerds (CDU)  
Gudrun Hunecke (CDU)  
Kläre Vorreiter (CDU)  
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von            Gerhard

### **Fehlende Abgeordnete**

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

### **Weitere Anwesende**



<b>Tagesordnung</b>		<b>Seite</b>
1.	<b>Sicherung der Jugendaufbauwerke Schleswig-Holstein</b> Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/758	4
2.	<b>Bericht zum Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG)</b> Bericht der LandesregierungDrucksache 14/776	5
3.	<b>Statistischer Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein</b> Bericht der LandesregierungDrucksache 14/777	6
4.	<b>Hospizeinrichtungen in Schleswig-Holstein</b> Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDUDrucksache 14/885	7
5.	<b>Gewalt gegen ältere Menschen - Prävention und Intervention</b>  Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/745 Änderungsantrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/903 Änderungsantrag der Abgeordneten des SSWDrucksache 14/930	9
6.	<b>Verschiedenes</b>	10

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Sicherung der Jugendaufbauwerke Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/758

(überwiesen am 12. Juni 1997 an den Sozialausschuß und den Bildungsausschuß)

Abg. Baasch unterstreicht die Bedeutung der Jugendaufbauwerke, die eine Perspektive und gewisse Planungssicherheit haben müßten, und modifiziert den Antrag dahin, im letzten Satz die Wörter "mindestens im Umfang des Jahres 1996" zu streichen.

Abg. Geerds plädiert dafür, die Abstimmung über den Antrag bis zur Vorlage eines von der Landesregierung im Bildungsausschuß zugesagten Berichtes zum Thema "berufsvorbereitende Maßnahmen" zurückzustellen.

Der Ausschuß nimmt das Angebot von St. Dr. Stegner an, in der nächsten ordentlichen Sozialausschußsitzung, am 23. Oktober 1997, einen Bericht der zuständigen Referentin des Sozialministeriums zum Modernisierungsprozeß der Jugendaufbauwerke in Schleswig-Holstein entgegenzunehmen.

Abg. Baasch spricht sich gegen die Verschiebung einer Beschlußfassung über den Antrag aus, um - unabhängig von der weiteren Beschäftigung mit dem Thema - an die Bundesregierung

umgehend zu appellieren, Benachteiligtenprogramme weiter zu fördern und dafür finanzielle Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen.

Der SPD-Antrag wird unter der von Abg. Baasch genannten Maßgabe mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht zum Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG)**  
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/776

(überwiesen am 12. Juni 1997 an den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. Küstner teilt St. Dr. Stegner mit, am 17. Juni 1997 hätten sich die Bautarifvertragsparteien auf eine Absenkung des Mindestlohnes von 17 auf 16 DM in den alten Bundesländern ab 1. September 1997 bis 31. August 1999 verständigt. Die Frage von Abg. Eichelberg, welchen Schutz- und Versicherungsbestimmungen ausländische Arbeitnehmer auf deutschen Baustellen unterlägen, werde schriftlich beantwortet.

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Statistischer Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein**  
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/777  
(überwiesen am 12. Juni 1997 an den Sozialausschuß zur abschließenden Beratung)  
hierzu: Kleine Anfrage der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)  
Drucksache 14/875

Auf eine Frage von Abg. Geerds bestätigt St. Dr. Stegner, daß bisher nur sehr wenig Anträge auf Altersteilzeit gestellt worden seien. Dem Ziel, die Zahl der Fälle von Altersteilzeit zu erhöhen, dienten ein Gespräch der Sozialministerin mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes, der Kongreß im November zum Thema "Arbeit und Alter" sowie das Projekt "Arbeit und Ehrenamt". Auf Wunsch von Abg. Hunecke sagt er zu, dem Ausschuß die ASH-Statistik (regionale Statistik) künftig vierteljährlich zukommen zu lassen. Eine Frage von

Abg. Küstner nach Auswirkungen von Mittelkürzungen der Bundesanstalt für Arbeit auf die aktive Arbeitsmarktpolitik beantwortet er dahin, wenn der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit 1998 im September aufgestellt sei und den Verwaltungsrat passiert habe, könne man Näheres berichten. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zum zustimmungspflichtigen Teil des Arbeitsförderungsreformgesetzes würden die SPD-regierten Länder versuchen, doch noch die Punkte Schlechtwettergeldregelung und Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld einzubringen.

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Hospizeinrichtungen in Schleswig-Holstein** Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 14/885 (überwiesen am 27. August 1997 zur abschließenden Beratung)

Abg. Vorreiter fragt nach Überlegungen der Landesregierung, in Sachen Sterbebegleitung entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten zu etablieren und Palliativmedizin als Lehrfach an den Universitäten anzubieten.

St Dr. Stegner macht wie M Moser in der Landtagsdebatte deutlich, daß es bei dem sensiblen Thema der Sterbebegleitung vornehmlich darum gehe, den Meinungsbildungsprozeß zu befördern, und sich dieser Bereich weniger dafür eigne, staatliche Planungen oder Zielvorgaben zu erstellen. Es sei außerordentlich erfreulich, daß die gesetzlichen Krankenversicherungen die stationären Einrichtungen der Sterbebegleitung unterstützten. Hinsichtlich der Einrichtung eines Lehrstuhls für Palliativmedizin sei er angesichts der Hochschulstrukturdiskussion und der Finanzprobleme wenig hoffnungsvoll.

Abg. Baasch fragt, ob es über die drei in der Antwort auf die Große Anfrage genannten stationären Einrichtungen hinaus in Schleswig-Holstein weitere Angebote, insbesondere auch im Süden des Landes, gebe, ob Möglichkeiten der Verzahnung zwischen Hospizbewegung und Tages- oder Kurzzeitpflegeeinrichtungen angedacht seien und ob die ehrenamtliche Arbeit im Hospizbereich ähnlich wie bei den Betreuungsvereinen in irgendeiner Weise entschädigt werden könne.

St Dr. Stegner führt aus, von konkreten Anträgen auf zusätzliche stationäre Plätze sei ihm nichts bekannt. Projekte der Wohlfahrtsverbände, bei denen das Land die Regiekosten übernehmen solle, wolle man hier nicht unbedingt fördern. Der Staatssekretär spricht sich

gegen eine generelle Verzahnung von Hospizbewegung mit Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen aus, weil die Hospizarbeit eine ganz besondere Qualifikation und ein ganz besonderes Engagement voraussetze; im Einzelfall sei bei genauer Prüfung selbstverständlich eine Verzahnung möglich. Auch hinsichtlich der Durchsetzung einer finanziellen Förderung der ehrenamtlichen Hospizarbeit äußert er sich skeptisch. Er verweist noch einmal auf den Erfolg, daß die stationären Hospizeinrichtungen einen Rechtsanspruch auf Förderung durch die gesetzlichen Krankenkassen hätten. Auf eine Frage von Abg. Eichelberg erwidert er, in dem Maße, in dem im Zuge der Krankenhausplanung Palliativbetten geschaffen würden, müßten Betten in einem anderen Bereich abgebaut werden. Bei der Frage der Umwandlung von Krankenhausbetten in Palliativbetten müsse die Empfehlung des eingesetzten Gutachters abgewartet werden.

Abg. Böttcher fordert die Einbeziehung des Hospizgedankens in die Pflegeausbildung und wirft die Frage auf, wie erreicht werden könne, den Hospizgedanken in die Pflegeheime hineinzutragen und die Rahmenbedingungen der Pflegeheime zu verbessern, die durch die Pflegeversicherung unter wirtschaftlichen Druck geraten seien. Auch mit Blick auf die ambulanten Hilfsleistungen sei eine Änderung des Pflegeversicherungsgesetzes notwendig.

Abg. Vorreiter spricht die in Nummer 2 der Antwort angesprochenen Modellmaßnahmen an und fragt, ob das Land bei verstärkter Nachfrage nach stationären Plätzen erneut in Modellförderungen eintreten werde. Ferner möchte sie wissen, warum Kosten der Supervision und Weiterbildung nicht förderfähig seien. Schließlich fragt sie, ob die Hospizarbeit in die Curricula der Altenpflegeausbildung aufgenommen werden solle.

St Dr. Stegner erwidert, zusätzliche Palliativplätze würden eher im Wege der von Abg. Eichelberg angesprochenen Krankenhausplanung und nicht über neue Modellvorhaben bereitgestellt. Der Frage nach der Förderfähigkeit der Aus-, Fort- und Weiterbildung von haupt- und ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich werde er nachgehen.

Die Vorsitzende spricht die Bildung von Freiwilligenzentren in diesem Bereich an und plädiert in diesem Zusammenhang für die Unterstützung von Supervision und Weiterbildung.

Abg. Baasch problematisiert noch einmal die regionale Verteilung der stationären Einrichtungen und die Frage der Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeiter der Hospizbewegung. Außerdem regt er an, die Vertretung der Hospizvereine für den Tag der Initiativen, der im Januar 1998 stattfinden soll, einzuladen.

Der Ausschuß nimmt die Antwort der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Gewalt gegen ältere Menschen - Prävention und Intervention**

Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/745Änderungsantrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/903Änderungsantrag der Abgeordneten des SSWDrucksache 14/930(überwiesen am 27. August 1997)

Der Ausschuß beschließt, am 27. November 1997 eine Anhörung durchzuführen. Angehört werden sollen unter anderem:

- Professor Dr. Aldenhoff, Klinik für Psychiatrie, CAU
- Arbeitskreis pflegende Angehörige, Kiel
- Betreuungsverein, Landesverband Schleswig-Holstein
- Ärztekammer
- LAG Wohlfahrtsverbände
- Reichsbund
- Landessenorenrat
- Landesfrauenrat
- Verband der Altenpflegerinnen
- Landkreistag und Städtetag
- Rat zur Kriminalitätsverhütung
- Verein zur Förderung der Altenhilfe, Rieseby
- Anlaufstelle für ältere Ausländer, Caritas/AWO, Kiel
- Familienberatungsstelle, Amt für soziale Dienste, Kiel

Weitere Anzuhörende können gegenüber der Geschäftsstelle bis zum 11. September 1997 benannt werden. Über die Auswahl der mündlich Anzuhörenden wollen sich die Ausschußmitglieder am Rande des Altenparlaments, am 11. September, verständigen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

a) Ein Schreiben des Psychotherapeuten Kay Richert, der um Förderung der von ihm praktizierten Methode der Raucherentwöhnung bittet, wird an den Eingabenausschuß weitergeleitet.

b) Auf eine Frage von Abg. Geerds erwidert St Dr. Stegner, die Landesregierung sei von der Ablehnung des **Modellversuchs** einer kontrollierten Abgabe von **Haschisch** in Schleswig-Holstein durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte nicht überrascht. Weil

es sich nicht lohne, jahrelang juristische Auseinandersetzungen zu führen, werde die Landesregierung jetzt den politischen Weg beschreiten und eine entsprechende Änderung des Betäubungsmittelgesetzes anstreben, um dem vom Bundesverfassungsgericht aufgegebenen Auftrag gerecht zu werden, herauszufinden, ob eine Trennung der Märkte von harten und weichen Drogen nicht der bessere Weg sei als das Festhalten an einem Totalverbot.

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, schließt die Sitzung um 16:05 Uhr.

gez. Walhorn  
Vorsitzende

gez. Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer